

# Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

13. – 19. Dezember 2025

Der Sozialversicherungshaushalt (PLFSS) für 2026, der in erster Lesung von der Nationalversammlung angenommen wurde am 12. Dezember 2025 aber vom Senat abgelehnt worden war, ist am 16. Dezember in letzter Lesung erneut und damit endgültig von der Nationalversammlung verabschiedet worden. Die Senatoren hatten den Entwurf zuvor durch eine „question préalable“, also eine Ablehnungsmotion, zurückgewiesen, ohne den Kern des Gesetzes zu prüfen. Dadurch wurde das PLFSS automatisch an die Nationalversammlung zurückverwiesen, die das letzte Wort hatte und den entscheidenden Beschluss fasste. Bei der Abstimmung stimmten 247 Abgeordnete für das PLFSS, 232 dagegen, 93 Abgeordnete enthielten sich. Die Sozialversicherung umfasst Gesundheitsausgaben, Renten und Sozialleistungen und macht mehr als 40 % des französischen Staatshaushalts aus. Das Gesetz sieht vor, dass das Defizit der Sozialversicherung 2026 unter 20 Milliarden Euro liegt, etwas weniger als die erwarteten 23 Milliarden Euro für 2025. Mit der endgültigen Annahme wurde die 2023 eingeführte Rentenreform bis Januar 2028 ausgesetzt. Die Aussetzung der Rentenreform stellt ein wesentliches Zugeständnis von Premierminister Sébastien Lecornu an die Sozialistische Partei dar, um deren Unterstützung zu sichern und die Regierung zu stabilisieren.

**Die Verabschiedung des französischen Staatshaushalts für das Jahr 2026 steht jedoch weiterhin aus.** Nachdem die Nationalversammlung sich auf keinen gemeinsamen Text einigen konnte, ging der Regierungsentwurf direkt an den Senat. Dieser, getragen von einer Mehrheit aus bürgerlich-konservativen und zentristischen Parteien, hat ihn am Montag, dem 15. Dezember 2025, mit 187 Ja- zu 109 Nein-Stimmen stark überarbeitet und als Entwurf verabschiedet. Dieser Entwurf bildet nun die Grundlage für die paritätische Vermittlungskommission (CMP), die am Freitag, dem 19. Dezember, zusammentritt. Premierminister Sébastien Lecornu setzt weiterhin auf einen parlamentarischen Kompromiss bis zum 31. Dezember, ohne auf Artikel 49.3 zurückzugreifen, obwohl die Mehrheitsverhältnisse unsicher bleiben. Scheitert die CMP, droht eine Verschiebung der Haushaltsdebatte ins neue Jahr sowie die Verabschiedung eines Übergangsgesetzes, um die Handlungsfähigkeit des Staates sicherzustellen. Im Fokus der Regierung steht insbesondere das Staatsbudget, dessen aktueller Entwurf ein Defizit von 5,3 % des BIP vorsieht – ein Wert, den Wirtschaftsminister Roland Lescure als nicht akzeptabel bezeichnet.

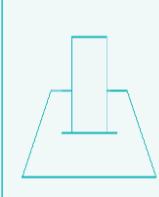
**Präsident Emmanuel Macron hat erneut bekräftigt, dass Frankreich das Mercosur-Freihandelsabkommen in seiner derzeitigen Form entschieden ablehnen wird.** Während des Ministerrats am 17. Dezember erklärte er, Frankreich werde sich „sehr entschieden widersetzen“, falls die EU versuche, das Abkommen gegen den Willen einzelner Mitgliedstaaten „durchzudrücken“. Paris sieht weiterhin keine ausreichenden Garantien in drei zentralen Punkten: sogenannte Spiegelmaßnahmen bei Umwelt- und Produktionsstandards, eine Schutzklausel sowie wirksame Kontrollen. Macron reagiert damit auch auf den starken Druck der französischen Landwirte, die eine Wettbewerbsverzerrung durch billigere Agrarimporte aus Südamerika befürchten. Premierminister Sébastien Lecornu bestätigte, dass Frankreich im Falle eines „Passage en force“ auf EU-Ebene gegen das Abkommen stimmen werde. Es wird erwartet, dass auch etwa 10.000 Landwirte nach Brüssel kommen, um gegen die Unterzeichnung des Abkommens zu demonstrieren. Unterstützung erhält Frankreich inzwischen von Italien. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni erklärte eine Unterzeichnung derzeit für ‚verfrüh‘ - für Paris ein Zeichen, nicht länger isoliert zu sein.

**Frankreich ist von einem Ausbruch der ansteckenden nodulären Dermatitis bei Rindern betroffen.** Dabei handelt es sich um eine hochansteckende Viruserkrankung, die vor allem Rinder befällt und durch stechende Insekten wie Mücken und Fliegen übertragen wird. Die ersten bestätigten Fälle traten in den Grenzregionen im Osten des Landes, insbesondere in den Départements Savoie, Haute-Savoie, Ain und Jura, auf. Die französischen Behörden reagierten mit strengen Maßnahmen, darunter die sofortige Keulung ganzer Tierbestände bei bestätigten Infektionen sowie Bewegungsbeschränkungen in den betroffenen Gebieten. Zusätzlich wurde eine groß angelegte Impfkampagne gestartet, die mehrere hunderttausend Rinder erfassen soll, um eine weitere Ausbreitung zu verhindern. Diese Maßnahmen stoßen jedoch auf starken Widerstand vieler Landwirte. Zahlreiche Züchter kritisieren vor allem die systematische Keulung auch scheinbar gesunder Tiere und beklagen psychische Belastungen sowie erhebliche wirtschaftliche Verluste. Das französische Landwirtschaftsministerium verteidigt die Maßnahmen als notwendig, um eine landesweite Ausbreitung der Seuche zu verhindern und den Viehbestand langfristig zu schützen.

Ein finaler Antrag der Staatsanwaltschaft für Finanzdelikte (PNF) belastet Nicolas Sarkozy und Carla Bruni in der Affäre um die Rücknahme der Aussagen des Zeugen Ziad Takieddine. Im November 2020 hatte der Zeuge im Prozess seine Anschuldigungen zum libyschen Wahlkampf-Finanzierungsskandal von 2007 zurückgezogen, erklärte später aber vor dem Gericht, das Interview sei „gefälscht“ gewesen. Laut PNF haben Sarkozy, Bruni und mehrere Komplizen, die Aktion orchestriert, um Takieddine zu diskreditieren und einen Status als „assozierter Zeuge“ zu erwirken – u.a. mit finanziellen Versprechungen. Sarkozy soll aktiv mitgewirkt haben, etwa indem er einen Unternehmer überzeugte, die Operation teilweise zu finanzieren. Bruni war informiert und in die Finanzierung eingebunden, bestreitet jedoch eine direkte Verantwortung. Die PNF fordert die Anklageerhebung vor dem Strafgericht gegen Sarkozy, Bruni und zehn weitere Personen wegen „Verbrechervereinigung“ und „Zeugenbestechung“. Obwohl die Aktion nur teilweise erfolgreich war, drohen dem Ex-Präsidenten und seinem Umfeld erhebliche juristische Konsequenzen.

Rachida Dati, französische Kulturministerin und Kandidatin für das Amt der Bürgermeisterin von Paris, steht kurz vor den Kommunalwahlen unter massivem juristischem Druck. Am 18. Dezember wurden ihr Ministerium, das Rathaus des 7. Arrondissements sowie ihre Wohnungen im Zuge eines Ermittlungsverfahrens wegen Korruption und Einflussnahme durchsucht. Die Justiz prüft, ob Dati während ihrer Zeit als Europaabgeordnete unzulässige Zahlungen von GDF Suez (heute Engie) erhalten hat, während sie sich politisch für den Gassektor einsetzte. Im Raum stehen Honorare in Höhe von rund 299.000 Euro sowie weitere hohe Zahlungen von Geschäftspartnern aus dem Energiesektor. Dati weist die Vorwürfe seit Jahren zurück.

## PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



In einer aktuellen Umfrage von Ipsos wurde die Zufriedenheit mit potenziellen Präsidentschaftskandidaten ermittelt. **Jordan Bardella** liegt mit 33 % Zustimmung an der Spitze, gefolgt von Marine Le Pen mit 30 %. Gabriel Attal erreicht 19 %, Édouard Philippe und Gérald Darmanin jeweils 18 %, Bruno Retailleau 17 %. Eine weitere Umfrage von Odoxa bestätigt Bardella als Favoriten für die Wahl 2027. In den Umfragen liegt er sowohl im ersten als auch im zweiten Wahlgang mit 35 – 36 % der Stimmen vorne. Im rechten Lager ist noch unklar, ob Le Pen oder Bardella die Spitzenspitze übernehmen wird; die Entscheidung hängt vom Berufungsprozess von Marine Le Pen im Frühjahr ab. Bei den bürgerlichen Kandidaten liegt Édouard Philippe (offiziell Kandidat) bei 17 %, Gabriel Attal (nicht offiziell) bei 11 %, während Raphaël Glucksmann (nicht offiziell) mit 13,5–14,5 % vor Jean-Luc Mélenchon (nicht offiziell, 11–12 %) liegt. Marine Tondelier (offiziell) und Fabien Roussel (nicht offiziell) spielen derzeit nur eine geringe Rolle. Im zweiten Wahlgang würde Bardella in allen Szenarien gewinnen: gegen Philippe 53 % zu 47 %, gegen Glucksmann 58 % zu 42 %, gegen Attal 56 % zu 44 % und gegen Mélenchon 74 % zu 26 %. Dennoch gibt rund ein Drittel der Befragten aktuell keine Präferenz an, weshalb die Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind.

## DIE ZAHL DER WOCHE

0,3 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	1

Wie das nationale Statistikamt Insee berichtet, dürfte die französische Wirtschaft 2026 eine leichte Erholung erleben. Im ersten Halbjahr wird ein Wachstum von 0,3 % pro Quartal erwartet, sodass die Jahreswachstumsrate bei über 1 % liegen könnte, nach voraussichtlich 0,9 % im Jahr 2025. Der Konsum der Haushalte bleibt hingegen schwach, da das verfügbare Einkommen nur gering steigt und die Sparquote mit 18 % weiterhin hoch ist. Impulse für die Erholung kommen vor allem von Unternehmen, die nach politischen und finanziellen Unsicherheiten wieder investieren und ihre Auftragslage verbessern. Auch der Wohnungsbau, insbesondere Einfamilienhäuser, und der Außenhandel tragen positiv bei. Das öffentliche Investitionsvolumen bleibt stabil mit leichten Steigerungen im Verteidigungsbereich, während die Haushaltsrestriktionen das Wachstum bremsen. Trotz der wirtschaftlichen Erholung wird der Arbeitsmarkt stagnieren. Unternehmen stellen kaum ein, die öffentlichen Stellen bleiben begrenzt und die Arbeitslosenquote dürfte leicht auf 7,8 % steigen. Neue Arbeitsplätze entstehen hauptsächlich durch die Zunahme von Mikrounternehmern (ca. 70.000).